



Mehr Transparenz und Wahlfreiheit à la schwarz-gelb?

Rösler (FDP) stellt Kostenfallen für Kranke!



Wenn Sie z.B. auf ein blutverdünnendes Medikament angewiesen sein sollten, dann kann Ihnen als Mitglied oder Mitversicherter einer gesetzlichen Krankenkasse ab am 2. Januar 2011 folgendes passieren: aufgrund Ihres Rezeptes bekommen Sie in Ihrer Apotheke ein Mittel zum Apothekenpreis von 51 €, müssen es selbst bezahlen, erhalten aber 23 € auf Antrag von der Kasse zurück. 28 € legen Sie drauf. Es kann aber auch ein Mittel für 150 € sein, bei dem Sie nix drauflegen. Oder eines für 150 €, daß Sie letztendlich 127 € Zuzahlung kostet.

Kommunistische Propaganda, denken Sie jetzt womöglich? Von wegen! Das Beispiel samt der Zahlen entnahm ich einer Informationsschrift meiner Krankenkasse. Da wird vor den diversen Kostenfallen gewarnt. Ärzte sind nicht verpflichtet

aufzuklären. Das können sie wahrscheinlich auch nicht. Welcher Arzt weiß denn, welche der über 250 Krankenkassen mit welchem der zahllosen Pharmahersteller Rabattverträge hat? Das sehen zwar die Apotheker auf ihrem Bildschirm, aber nicht die Zahlen, ob nun 28 €, 127 € oder egal wie viel Euro zuzuzahlen sind.

Möglich, daß jetzt ganz Schlaue sagen, das hat er nicht richtig verstanden, der Herr Kommunist. Mag sein. Aber um so schlimmer; denn wenn ich es momentan bei guter Gesundheit nicht verstehe, wie denn dann ein von seinen akuten Beschwerden gequälter Kranker in der Apotheke oder jene alten Menschen, die das alles nicht mehr nachvollziehen können? Transparenz und Wahlfreiheit? Da lachen ja die Hühner!

Weiter nächste Seite

Inhalt

Befragung zur Oh-Weh-Trasse? Ja, aber richtig!
Spanien: Arbeitskriegsrecht wie unter Franco
SPD-RLP kontra Streikrecht für Beamte
Neilich: „Defor unn degeje unn doch defor“
Bildungsangebot der DKP KH: Lohn, Preis, Profit
Verschiedenes, Impressum, Kontakt

Mancher nicht erfreulicher Aussicht auf 2011 zum Trotz wünschen wir unseren Lesern ein paar friedliche Feiertage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr. Unsere Solidarität gilt allen die sich wehren, insbesondere der Belegschaft von Delphi in Langenlonsheim, die seit Monaten um ihre Arbeitsplätze kämpft! Gruppe und Vorstand der DKP Bad Kreuznach

Ich kann und will hier keine Ratschläge geben, wie Sie die Kostenfallen umgehen können ohne in eine andere zu treten. Da rufen Sie am Besten mal Ihre Krankenkasse an. Aber politisch habe ich da schon Ideen, wie man damit umgehen kann. Hier nur einige davon.

Glauben Sie niemandem, der von der Unbezahlbarkeit des Gesundheitswesens spricht und dabei scheinwissenschaftlich vom „demographischen Faktor“ palavert. Die gesetzlichen Krankenversicherungen kosten 2008 zwischen 6 und 7% vom Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der gleiche Prozentsatz wie in den 50er oder 70er Jahren. Was sich geändert hat: 1974 betrug der Anteil der Löhne 75%, 2000 noch 72% und 2007 nur noch 64%. Da sind die Sozialversicherungsbeiträge schon mit drinnen, inklusive der „Arbeitgeberanteile“, die in jeder ordentlichen Statistik nicht unter dem Kampfbegriff „Lohnnebenkosten“, sondern als Lohn erscheinen. Sinkt die Lohnquote, kann der Anteil des gesetzlichen Gesundheitswesens an BIP nur gehalten werden, wenn die Beiträge steigen.

Lassen Sie sich nicht für dumm verkaufen, wenn demnächst mal wieder die gewerkschaftlichen Lohnforderungen als Ende der deutschen Wirtschaft und des christlichen Abendlandes diffamiert werden auch von denen, die sich mit Steuergeldern hunderte Milliarden verzockter Euro haben ersetzen lassen. Jedes Prozent mehr Lohn

bringt auch mehr Geld in die Sozialkassen. Dort ist es besser aufgehoben als bei den Spekulanten und macht Zusatzbeiträge unnötig.



Unterstützen Sie die FDP in ihrem Selbstaufhebungsprozeß, wie dies einer von denen dieser Tage nannte, indem Sie durch Ihre Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl deren Chance erhöhen, endlich aus dem Parlament zu fliegen. Die arbeitslosen FDPler können dann ja bei Möwenpick und Co anheuern, schließlich verdanken jene den „Freien Dilettanten“ eine kräftige Senkung der Mehrwertsteuer. Denken Sie aber daran, daß CDU, SPD und Grüne in Sachen „Gesundheitsreform“ Ihnen schon beschert haben. Besser gleich mal links wählen!

Und noch was: Frau Klöckner (CDU) ist als Staatssekretärin und CDU-Abgeordnete mitverantwortlich für diese „Reform“, aber zu ihr mehr im nächsten FUNKE.

Volker Metzroth

Bürgerbefragung zur Oh-Weh-Trasse? Ja, aber nicht als Alibi-Veranstaltung!



In den letzten Tagen (Stand 14.12.2010) wurden von der FDP und den Grünen Forderungen laut nach einer Bürgerbefragung über die Ost-West-Trasse genannte Schnellstraße ins Kurgebiet. Nicht erst seit dem Widerstand gegen Stuttgart 21, gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg und den Castortransport merken die etablierten Politiker, daß immer mehr Menschen die Nase voll haben und ihre Resignation – „da kann man ja doch nix machen“ – überwinden. Auch in Bad Kreuznach wächst der Widerstand gegen das im vorigen Jahrtausend konzipierte Großprojekt, maßgeblich getragen von der Bürgerinitiative gegen die Trasse (siehe hier deren Logo).

Fragt sich aber, wie ernst ist es denen, die jetzt mehr Bürgerbeteiligung fordern. Einigen mit Sicherheit schon. Es ist aber auch nicht auszuschließen, daß

andere mit einem Schnellschuß möglichst bald das Thema aus dem Oberbürgermeister-Wahlkampf herausholen wollen. Wobei auch eine geringe Beteiligung als Begründung herhalten könnte, alles doch im Stadtrat alleine zu entscheiden.

Eine hohe Beteiligung wäre zu erreichen, wenn alle Einwohner ab 16 Jahren am 27. März 2011, zusammen mit der Landtags- und OB-Wahl befragt würden. Wenn sie zuvor eine Benachrichtigung erhielten und auch eine Abstimmung per Brief möglich wäre, käme ein repräsentatives Ergebnis zustande.

Ein „Schönheitsfehler“ bliebe: viele Hundert Schülerinnen und Schüler samt ihrer Lehrkräfte in den Berufsbildenden Schulen und dem Lina-Hilger-Gymnasium, die tagtäglich mit den Folgen einer Oh-Weh Trasse konfrontiert wären, würden nicht befragt – sie wohnen nicht in Bad Kreuznach. Aber auch in Stuttgart geht das „Umland“ auf die Straße, im Wendland eh, dessen Hinterland vom Rhein bis zur Oder reicht.

Arbeitskriegsrecht

Gegen einen spontanen Streik der Fluglotsen wegen der angekündigten Privatisierung der staatlichen Flughafendienste hat die spanische Regierung erstmals seit dem Ende der Franco-Diktatur zum Instrument des Ausnahmezustands gegriffen.

Das spiegelt sich in den Medien so wider, als sei mit dem Streik ein Generalangriff auf westliche Werte geführt worden. Die Kommentare trafen von Mitleid für die Reisenden, die auf spanischen Airports gestrandet sind oder gar nicht erst losfliegen konnten. "Verantwortungslos" hätten die "hochbezahlten" Fluglotsen mit ihrem "wildem Streik" zur Verteidigung ihrer Privilegien die Bewegungsfreiheit von 600 000 Menschen beschnitten. Es mag ja stimmen, daß dieser Berufsstand hoch bezahlt wird. Aber verwunderlich ist es nicht, daß die Towerbesatzungen sich wehren gegen eine Halbierung ihrer Bezüge bei Verlängerung der Arbeitszeit. Aber so ein Flugleiter trägt eine hohe Verantwortung. In ähnliche

Erregungszustände gerät die Journaille üblicherweise angesichts der Gagen von Balltretern, verantwortungslos agierenden Showmastern und FDP-nahen "Leistungssträgern" nicht.

Der Kern des Problems ist auch ein anderer. Als der spanische Premierminister den Alarmzustand verkündete und Fluglotsen mit vorgehaltener Waffe zur Arbeit zwingen ließ, da folgte er dem Vorbild seines griechischen Kollegen, der wenige Tage zuvor streikende Seeleute per Notstandsverordnung dienstverpflichtet hatte. Kann man etwas daraus lernen, daß es in beiden Fällen sozialdemokratische Regierungen sind, die bereit sind Demokratie auszuhebeln wenn es gilt, einen Arbeitskampf zu brechen?

"Gegen Demokraten helfen nur Soldaten", schrieb 1849 der Preußenkönig Friedrich Wilhelm in einem Brief. Gegen Streikende offenbar auch. Der Gedanke des schlichthirnigen Potentaten hat die Chance, als EU-Richtlinie Karriere zu machen.

Bernd Redlich

(aus UZ vom 10.12.2010, siehe auch www.unsere-zeit.de)

Landes-SPD kontra Streikrecht für Beamte

Am 27. März sind in Rheinland-Pfalz die Landtagswahlen. Wie schon so oft entdecken nicht wenige SPD-PolitikerInnen in den Monaten zuvor die Gewerkschaften in der Hoffnung, Unterstützung im Wahlkampf zu finden. Aber wie halten sie es außerhalb von Wahlkampfzeiten? Wie halten sie es mit den Grundrechten, insbesondere auch mit dem Streikrecht?

Am 7. Oktober 2010 verabschiedete der Landtag in Mainz mit seiner absoluten SPD-Mehrheit eine Novelle des Landesbeamtengesetzes. Das aus der CDU-Fassung von 1962 stammende Streikverbot im § 64 blieb aber unverändert im Gesetz. An ihren Taten werdet ihr sie erkennen!



Streiken, wir hier Telekombeschäftigte in Mainz, sollen Landesbeamte in RLP auch weiterhin nicht dürfen

GEW: „Streikrecht ist ein Menschenrecht – Disziplinierung streikender Beamter beenden!“ Bildungsgewerkschaft zum „Tag der Demokratie“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat gefordert, das Streikverbot für Beamtinnen und Beamte einzumotten. Die Bildungsgewerkschaft beruft sich dabei im Wesentlichen auf zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) und die Praxis in anderen Staaten. „Streikrecht ist ein Menschenrecht. Disziplinarmaßnahmen gegen streikende Beamte müssen eingestellt werden. Das Streikverbot ist ein Relikt aus vordemokratischen Zeiten“, unterstrich GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne

mit Blick auf den „Tag der Demokratie“ am Mittwoch in Frankfurt a.M. Disziplinarmaßnahmen wegen der Teilnahme an Streiks - vom Eintrag in die Personalakte bis zum Bußgeld in Höhe von 1.500 Euro - seien Alltag im Deutschland des 21. Jahrhunderts. Allein im vergangenen Jahr seien mehrere Tausend verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer betroffen gewesen Diese hätten sich gegen Arbeitszeitverlängerungen gewehrt oder für Gehaltserhöhungen eingesetzt.

(Auszug aus Internetseite der GEW RLP)

Neulich in de Mannemmer Stroß:

Defor unn degeje und doch defor

- Karl: Du Schorch, kammer eischendlich for ebbes sinn, dann degeje und aber eischendlich doch defor?
- Georg: Sa mo Kall, was redschde dann du do for e Stuß?
- Karl: Ja verstehn dun ichs ja aach nit, awwer die SPD hod doch erscht mit de annere die Rende mit 67 dorchgesetzt, wesche dem demografische Fagdor unn so, jetzt isse awwer dageje, awwer späder soll se doch widder komme!
- Georg: Ach so Kall, jetzt verstehn ich, was de meensch. Daß is wie bei Hartz IV: erscht honn ses beschloß – „basda“ saad de Schröder, als die vun de Gewerkschafd gemotzt honn – un wo die Schwaze un Gelwe jetzt nor 5 Euro druffleje solls unsozial sinn. Abschaffe wolle ses awwer aach nit.
- Karl: Das verstehn ich jetzt awwer aach nit.
- Georg: Ei is doch klar: erschd honn se regiert, jetzt nit mehr, awwer es nagschde mo vielleicht doch widder.
- Karl: Schorch, is das es selwe wie mit de Gleichstellungsbeuffdrachde in Kreiznach?
- Georg: Wie meenschen das?
- Karl: Ei erscht honn se dem Haushald mit de Streichnung zugestimmt, wie alle annere bis uff eene vun de Linke, und heit les ich in de Allgemeine, daß dene ihr OB-Kandidatin, die jo aach im Stadtrat hockt, das jetzt for frae- unn familjefeindlich hält un widder geännerd honn will.
- Georg: Es is wohl nit ganz es selwe, awwer irschend ebbes is do doch schon draan.

„Kämpfen bis zur letzten Patrone“

Auf Schiedsrichter eingeschossen

„Wir schießen die ganze Nacht“

Aus der Guttenberg-Show mit Kerner in Afghanistan?

Nein, aus den Sportseiten einer Kreuznacher Lokalzeitung vom 23.11.2010

Die Welt verstehen? Karl Marx studieren!

Lohn, Preis und Profit, eine Einführung in die Marx'sche Mehrwerttheorie mit Berthold Schmidt als Referent.

Bildungsangebot der DKP Bad Kreuznach im I. Quartal, beginnend am Mittwoch, dem 9. Februar, dann am 23.2., 9.3. und 23. März 2011, 19:00 bis 21:00 Uhr, im Wassersümpfchen 23, kostenfrei.

Anmeldungen und Nachfragen an dkp-kh@gmx.de

Wieder- und neu gewählt

Der 19. Parteitag der DKP im Oktober wählte den Vorsitzenden der Bad Kreuznacher DKP, Volker Metzroth, erneut in den Parteivorstand. Der Parteivorstand wählte ihn dann bei seiner Konstituierung in sein Sekretariat. Metzroth ist dort (ehrenamtlich) zuständig für den Bereich Betrieb und Gewerkschaft.



der funke, Zeitung der DKP-Ortsgruppe Bad Kreuznach. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail DKP-KH@gmx.de, Eigendruck bzw. Versand als eMail

Die DKP Bad Kreuznach trifft sich jeden 3. Montag im Monat um 20:00 Uhr zu einer öffentlichen Versammlung im Wassersümpfchen 23, Nähe DGB-Haus, Gäste sind willkommen.

Nächste Termine: Montag, der 20. Dezember 2010, Montag, der 17. Januar und Montag, der 21. Februar 2011

Weitere Informationen unter www.kommunisten.de oder www.unsere-zeit.de